

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

77. Sitzung Mittwoch, 9. Oktober 2013, 10:00 Uhr

TOP 1

Grün-rote Bürgerbeteiligung

sorgt für Bürgerfrust!

Rede von

Dr. Stefan Scheffold MdL

Mitglied CDU-Landtagsfraktion in der AG Bürgerbeteiligung

Es gilt das gesprochene Wort.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Von Max Frisch stammt das bekannte Zitat: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischen.“ Das halten wir auch für richtig und für sehr wichtig. Die Menschen sind eingeladen, in einer Demokratie selbst über ihre Lebensumstände mitzubestimmen und zu entscheiden.

Das geschieht in der repräsentativen Demokratie über die Abgeordneten, über die Gemeinderäte. Aber das kann auch sehr gut ergänzt werden über die Bürgerinnen und Bürger. Sie sind die Hauptbetroffenen, wenn Straßen gebaut werden, wenn Kindergärten gebaut werden, wenn Schulen ausgebaut werden und viele andere Lebensumstände mehr. Deswegen halten wir dieses Zitat für zutreffend.

Wir halten auch für zutreffend die Ableitungen, die man daraus entwickeln muss, nämlich dass sich die Politik auch darum zu kümmern und Entscheidungen herbeizuführen hat, die es den Menschen möglichst gut gestatten, an diesen Feldern teilzunehmen.

Politikverdrossenheit, die lustlose Beteiligung an Wahlen, der Rückzug in die Privatsphäre – das schadet der Demokratie und untergräbt sie letztlich auch. Deswegen waren wir eigentlich in der CDU-Fraktion sehr glücklich und zufrieden, dass Sie von den Regierungsfractionen das Thema Bürgerbeteiligung aufgegriffen haben und in dieser Legislaturperiode bearbeiten wollten. Wir haben das ausdrücklich begrüßt.

Die repräsentative Demokratie hat ihre Berechtigung. Aber es hat sich die Gesellschaft verändert, und es haben sich vielleicht manche Regelungen, die man vor vielen Jahren zutreffender Weise und richtigerweise getroffen hat, auch etwas überholt und können überarbeitet werden. Deswegen hat die CDU-Fraktion auch ihre konstruktive Mitarbeit an solchen Arbeitsgruppen und an solchen Bemühungen angekündigt und auch praktiziert. Wir haben in der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung nicht nur mitgearbeitet und zugehört, was die Regierungsfractionen vorgeschlagen haben, sondern wir haben auch eigene Vorschläge entwickelt.

Wir haben eigene Positionen formuliert. Darüber konnte und kann in der Arbeitsgruppe dann auch eine Entscheidung gefunden werden. Zum Teil, glaube ich, sind wir auch gar nicht so weit voneinander entfernt mit unseren Positionen, dass es keine Einigung geben

könnte. Ich will aber trotzdem einen kleinen Schlenker machen und sagen, dass wir in unserer Fraktion schon einigermaßen enttäuscht sind über das, was bisher an Bürgerbeteiligung tatsächlich praktiziert worden ist.

Das betrifft die Äußerungen des Ministerpräsidenten, das betrifft die Arbeit der Landesregierung, und das betrifft auch die Arbeit der sie tragenden Fraktionen aus Grün und Rot. Die bisherigen Aktionen, die sich in der Öffentlichkeit abgespielt haben, haben aus unserer Sicht nicht für mehr Bürgerbeteiligung gesorgt, sondern im Gegenteil eher für Bürgerfrustrationen.

Ich will das hier nicht vertiefen, und ich will das nicht aufgreifen, weil ich das, was der Kollege Goll gesagt hat, nachdrücklich unterstreiche. Wir sind jetzt auf dem Weg und können eine Einigung finden. Aber das erfordert natürlich, dass wir uns gemeinsam darum bemühen und auch gemeinsam dafür Vorschläge ausarbeiten und auch rechtzeitig einbringen. Denn wer Menschen einlädt, sich einzubringen, wer sie einlädt, Ideen zu entwickeln und Meinungen zu äußern, der muss ihnen auch das Forum und die Möglichkeit dazu geben und dann auch diese Meinungen bei seinen Entscheidungen berücksichtigen.

Dabei spielt für uns natürlich eine zentrale Rolle, dass wir von Anfang an immer wieder ein Gesamtkonzept bei dieser Regelung angemahnt haben. Das wurde zuletzt in den Arbeitsgruppen in Zweifel gezogen. Aber ich habe einmal ältere Unterlagen herangezogen – Herr Präsident, ich darf daraus zitieren –: Sehr konstruktive erste Gespräche hätten stattgefunden, es gebe eine endgültige Fassung des Protokolls einer Sitzung aus dem Jahr 2012. Damals waren sich alle Beteiligten einig, dass diese Bereiche möglichst im Konsens neu geregelt werden sollen, und die Staatsrätin hat bemerkt, dass die Landesregierung ein Gesamtpaket zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung anstrebt. Es war also von Anfang an klar: Wir brauchen ein Gesamtpaket bei all den angesprochenen Punkten: die landesgesetzlichen Regelungen, die kommunalen Regelungen, aber natürlich auch den Planungsleitfaden.

Zum Planungsleitfaden stellen wir fest, dass bis heute keine Regelung vorliegt. Ich darf Sie auf die heutige Zeitungsveröffentlichung hinweisen, die mir zugeleitet worden ist. In der heutigen „Stuttgarter Zeitung“ kommt jetzt zum ersten Mal auf den Tisch, dass die Stellensituation eine Erfordernis von 50 bis 60 Stellen hat, jedenfalls nach den Berichten,

die in der „Stuttgarter Zeitung“ vom heutigen Tage stehen. Davon war vor wenigen Tagen in der Arbeitsgruppe nicht die Rede. Sie können sich doch nicht vorstellen, dass wir hier sagen: „Wir machen Backe-backe-Kuchen“, und Sie suchen sich dann die schönsten Stücke heraus und wir beschäftigen uns dann noch mit den Krümeln. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir von der CDU-Fraktion fordern, dass wir eine Gesamtlösung anstreben. Wir fordern, dass die landesrechtlichen und die kommunalen Regelungen gemeinsam getroffen werden und dass auch ein Leitfaden gefunden wird, wie man zu diesen Ergebnissen und zu mehr Bürgerbeteiligung kommt. Anders ist mit unserer Mitwirkung und unserer Mitentscheidung nicht zu rechnen.

2. Teil der Plenarrede

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU:

Nochmals zu unserem Kernpunkt. Wir sind durchaus mit vielen Änderungsvorschlägen, die Sie gemacht haben, einverstanden. Wir sind auch damit einverstanden, dass die Zahlen bezüglich Quoren und anderes, die Sie in den Raum geworfen haben, etwas von den Zahlen abweichen, die wir haben. Aber, Frau Staatsrätin, mit der Wahrnehmung, die Sie hier bezüglich einer Gesamtkonzeption wiedergegeben haben, können wir uns so nicht einverstanden erklären.

Die Gesamtkonzeption war von Anfang an Teil dieser Arbeitsgruppe, und selbstverständlich erwarten wir, dass auch der Planungsleitfaden einverständlich – zumindest in den Kernpunkten – mit uns abgestimmt ist und wir damit einverstanden sind. Sonst kann man kein gemeinsames Ergebnis bei diesem wichtigen Anliegen erzielen. Es ist doch völlig in die falsche Richtung gesprochen, wenn Sie sagen, wir trügen hier unterschiedliche Aspekte mit hinein oder wir trügen nicht dazu bei, dass noch weitere unterschiedliche Vorschläge gemacht werden. Das Kernelement Ihrer Arbeit besteht doch darin, dass Sie zunächst mit den Ministerien – die Ministerien sowie die ganze Landesverwaltung sind von einem solchen Leitfaden betroffen – eine Einigung, einen Konsens finden.

Ich entnehme der Zeitung von heute, dass dieser Konsens nicht gefunden sein soll. Wenn dies eine Zeitungsente ist, dann habe ich es auch erst vor wenigen Minuten zum ersten Mal erfahren. Doch es ist doch Kernbestandteil, dass Sie zunächst innerhalb der Ministerien ein abgestimmtes Verfahren vorlegen und wir uns dann darüber unterhalten und nicht eigene Vorschläge machen müssen, bevor Sie das gemacht haben.

Der letzte Punkt ist auch klar. Ob Sie jetzt 50, 60 oder 40, 35 oder 45 Stellen brauchen, ist nicht die Kernfrage. Aber eine Kernfrage ist doch selbstverständlich, dass, wenn Kosten betroffen sind, wenn Stellen beansprucht werden und wir die Stellen für die Abwicklung dieses Leitfadens benötigen, dann ist selbstverständlich auch dieses Parlament betroffen. Denn wir stimmen im Haushalt auch über Haushaltsplanung und über Kostenstellen ab. Sie können uns nicht vorenthalten, dass wir mitreden und sagen, wir möchten von Anfang an dabei sein und uns einbringen. Wenn das gelingt, dann sind wir am 24. Oktober oder vielleicht wenige Tage später weiter. Wenn es jedoch nicht gelingt, dann wird es auch kein einheitliches und einverständliches Ergebnis geben. So einfach sind die Dinge.